

 Landtagswahl in Schleswig-Holstein

# Landtagswahl in Schleswig-Holstein

am 6. Mai 2012

Wahlanalyse

Endgültiges Wahlergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Team Empirische Sozialforschung  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

030-26996 3506  
viola.neu@kas.de

Dr. Michael Borchard

Hauptabteilungsleiter  
Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

030 26996 3550  
michael.borchard@kas.de

1.	Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein	
1.1	Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein	Seite 3
1.2	Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Schleswig-Holstein	Seite 5
1.3	Wählerwanderungsbilanz und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Schleswig-Holstein	Seite 9

# 1. Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein<sup>1</sup>

## 1.1 Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein

Die **CDU** erreicht 30,8 Prozent der Stimmen (-0,8 Punkte). 22 Abgeordnete werden von der CDU entsandt. Alle Abgeordneten sind direkt gewählt. Auch 2009 konnte kein Abgeordneter über die Liste in das Parlament einziehen.<sup>2</sup> Im historischen Vergleich bewegt sich das Ergebnis im unteren Bereich der CDU Ergebnisse. In Folge der Barschel-Affäre büßte die CDU in Schleswig-Holstein ihre dominante Position im Parteiensystem ein. So kam die CDU seit 1988 nur 2005 auf ein Ergebnis von über 40 Prozent.

Die **SPD** gewinnt 5 Punkte hinzu und erreicht 30,4 Prozent. 22 Abgeordnete werden der Fraktion angehören.<sup>3</sup> Bei der letzten Landtagswahl hatte die SPD ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis erzielt. Auf niedrigem Niveau hat sie sich zwar verbessert, an ihre ehemalige Stärke kann sie hingegen nicht anknüpfen.

Die **Grünen** erhalten 13,2 Prozent der Stimmen (+0,7) und werden mit zehn Abgeordneten im Landtag vertreten sein.<sup>4</sup> Seit 2009 sind die Ergebnisse in Schleswig-Holstein zweistellig. Die Grünen taten sich in

---

<sup>1</sup> Wir danken Infratest dimap sowie der Forschungsgruppe Wahlen herzlich für die Analysen und die Daten der Wahltagsbefragung.

<sup>2</sup> Dem 2009 gewählten Parlament gehörten 95 Abgeordnete an, dem 2012 gewählten 69. Daher ist ein Vergleich der Gewinne und Verluste von Mandaten nicht sinnvoll. 2012 wurde die Anzahl der Direktmandate von 40 auf 35 gesenkt. Zudem kam es bei dieser Wahl zu keinen Überhang- und Ausgleichsmandaten. 2005 hatte die CDU 5 Listenmandate; 2009 hatte die CDU 11.

<sup>3</sup> 2009 hatte die SPD 6 Ausgleichsmandate. Die Fraktion hatte 25 Mitglieder.

<sup>4</sup> Die Grünen hatten 2009 drei Ausgleichsmandate und stellten 12 Abgeordnete.

Schleswig-Holstein lange Zeit sehr schwer. Erst 1996 zogen sie in das Parlament ein, dem sie seitdem angehören.

Die **FDP** erreicht 8,2 Prozent (-6,7 Punkte). Sechs Abgeordnete werden der Fraktion angehören.<sup>5</sup> Obwohl die FDP erhebliche Verluste zu verzeichnen hat, hat sie das zweitbeste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte erzielt.

Die **Piraten** ziehen mit 8,2 Prozent und sechs Abgeordneten erstmals in den Landtag ein. Sie sind nach der Wahl in Schleswig-Holstein jetzt im dritten Parlament vertreten.

Der **SSW** verbessert sich leicht um 0,2 Punkte und erreicht 4,6 Prozent. Da der SSW von der 5-Prozent-Hürde befreit ist, wird er in dem neuen Landtag drei Abgeordnete entsenden.

Die **Linke** wird von 2,3 Prozent der Wähler unterstützt. 2009 gelang ihr der erste Einzug in das Parlament. Da die letzte Landtagswahl gleichzeitig mit der Bundestagswahl stattfand, konnte die Partei von einer Überlagerung der Landespolitik durch bundespolitische Themen profitieren. In Schleswig-Holstein hat die Linke traditionell eine schwache Basis.

Die anderen kleinen Parteien konnten ebenfalls nicht reüssieren. Am besten schnitt mit 1,0 Prozent die Familienpartei ab.

Die **Wahlbeteiligung** ist auf 60,2 Prozent gesunken (-13,4 Punkte). Ein direkter Vergleich mit der Vorwahl ist schwierig, da 2009 gleichzeitig mit der Bundestagswahl gewählt wurde und somit eine über die Landesebene

---

<sup>5</sup> Die FDP-Fraktion umfasste 2009 15 Abgeordnete, von denen drei ein Ausgleichsmandat waren.

hinausgehende Mobilisierung erkennbar war. Dennoch ist dies die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein seit 1947.

## **1.2 Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Schleswig-Holstein**

Die Landtagswahl ist bereits die zweite vorgezogene Neuwahl in Folge. 2009 wurde aufgrund des Bruchs der Großen Koalition ein Jahr früher gewählt. Die diesjährige vorgezogene Landtagswahl (etwa zur Mitte der Legislaturperiode) musste aufgrund eines Urteils des Landesverfassungsgerichts erfolgen, welches 2010 Mängel am Wahlrecht feststellte. Insgesamt standen auch bei dieser Landtagswahl überwiegend landesspezifische Überlegungen für die Wahlentscheidung im Vordergrund. So nannten 66 Prozent die Politik in Schleswig-Holstein als maßgeblich (Forschungsgruppe Wahlen). War der letzte Wahlkampf vom Scheitern der Großen Koalition überlagert, worunter beide Koalitionäre zu leiden hatten, war das Meinungsklima 2012 wenig polarisierend.

Aufgrund des angekündigten Rückzugs des beliebten Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen, trat kein Amtsinhaber mit einem entsprechenden Amtsbonus an. Der Spitzenkandidat<sup>6</sup> der CDU, Jost de Jager, kandidierte als Wirtschaftsminister, der Kandidat der SPD, Torsten Albig, als Oberbürgermeister von Kiel. Eine ähnliche Konstellation gab es 2011 in Sachsen-Anhalt, bei der die Spitzenkandidaten ebenfalls nicht vom Amtsbonus profitieren konnten. Torsten Albig hatte gegenüber Jost de Jager in den Bewertungen der Bürger einen Vorsprung, doch ist dabei zu berücksichtigen, dass beide Kandidaten über keine ausgeprägten Images verfügen. In einer offenen Frage, wer die Spitzenkandidaten seien,

---

<sup>6</sup> Im August 2011 trat Christian von Boetticher von der Spitzenkandidatur zurück. Im November 2011 wurde Jost de Jager zum Spitzenkandidaten gewählt.

konnten 47 Prozent de Jager und 52 Prozent Albig benennen (Forschungsgruppe Wahlen). Albig lag in der Frage, wen die Bürger lieber als Ministerpräsidenten hätten, 12 Punkte vor de Jager. So nannten 42 Prozent Albig und 30 Prozent de Jager (Forschungsgruppe Wahlen); bei der Umfrage von Infratest dimap fiel der Unterschied größer aus (27:49). Doch ist die Differenz im Vergleich zu anderen Wahlen eher niedrig und der Vorsprung weniger eindeutig. Auch bei den Persönlichkeitsprofilen fällt auf, dass viele Wähler unsicher waren, welche Eigenschaften die Kandidaten hatten. Jeweils über 40 Prozent konnten weder Glaubwürdigkeit noch „mehr Sachverstand“ einem der Kandidaten zuordnen (Forschungsgruppe Wahlen). Albig galt mit 33 Prozent als sympathischer (de Jager 12 Prozent) und 30 Prozent attestierten Albig, er würde besser zum Land passen (de Jager 18 Prozent). In den eigenen Reihen erhielten beide etwa gleich großen Rückhalt. 79 Prozent der SPD-Anhänger nannten Albig und 72 Prozent de Jager bei der Frage nach dem bevorzugten Ministerpräsidenten. Auf der von +5 bis -5 reichenden Skala kam de Jager auf einen Wert von 3,3 und Albig von 3,2 in der eigenen Anhängerschaft. In der Bewertung durch die Bevölkerung erhielt de Jager 1,4 und Albig 2,2 (Forschungsgruppe Wahlen). In den Daten von Infratest dimap punktet Albig vor allem bei persönlichen Eigenschaftsprofilen, während politische Eigenschaften kaum einem der beiden Kandidaten zugeordnet werden können. Insgesamt fällt auf, dass die Spitzenkandidaten der CDU, SPD, FDP und der Grünen in Schleswig-Holstein bei den Wählern auf eine positive Resonanz stoßen.

Einen klaren Persönlichkeitseffekt gibt es hingegen beim Abschneiden der FDP. Mit einem Wert von 0,8 (Vorwahl 0,1) bei allen Wählern und 3,2 bei den eigenen Anhängern (Forschungsgruppe Wahlen) genießt Wolfgang Kubicki großes Zutrauen in seiner Anhängerschaft. 31 Prozent der FDP Wähler entschieden sich aufgrund des Kandidaten für die Partei, ein ungewöhnlicher Effekt, der sonst eher bei den großen Parteien zu finden ist (Infratest dimap). Bei ihm kontrastiert die persönliche Einstufung mit

der Bewertung der Partei, die auf einen Wert von -0,7 im Land und -1,7 im Bund kommt. Dieser Effekt strahlt auf die Wahlentscheidung aus. 66 Prozent der FDP-Anhänger nennen Wolfgang Kubicki als Wahlmotiv (nur 28 Prozent geben inhaltliche Gründe an; Forschungsgruppe Wahlen). Ihm ist es zudem gelungen, den Landesverband gegenüber der Bundespartei abzugrenzen. 63 Prozent sagten, dass die FDP im Land und im Bund im Grunde unterschiedliche Parteien seien. Dieser Eindruck hat sich bei den Wählern am Ende des Wahlkampfes festgesetzt und verstärkt. Ende April stimmten 49 Prozent dieser Aussage zu (Infratest dimap). Ein inhaltliches Profil und Problemlösungskompetenzen waren nicht maßgeblich, zudem ihre Arbeit in der Regierung mit -0,5 deutlich schlechter beurteilt wurde als die der CDU (+0,7; Forschungsgruppe Wahlen).

Ebenfalls gut abgeschnitten hat Robert Habeck mit 1,4 bei allen Wählern und 2,9 in der eigenen Anhängerschaft (Forschungsgruppe Wahlen). Profitieren konnten die Grünen auch davon, dass sie von 53 Prozent aller Wahlberechtigten als die Partei wahrgenommen wurden, von der die Befragten annahmen, dass sie ehrlich sagt, was sie durchsetzen will (Infratest dimap). Wie bei allen anderen Wahlen ist das Kompetenzprofil der Grünen einseitig auf ein Themenfeld (Umwelt/Energie) festgelegt, bei dem die Wähler glauben, sie wüssten was sie erwarte.

Wie bei vielen Wahlen ist eine deutliche Koalitionspräferenz schwer auszumachen, zudem davon auszugehen ist, dass koalitionstaktische Überlegungen für die Wahlentscheidung in Schleswig-Holstein von nachgeordneter Bedeutung waren. Eine rot-grüne Koalition nannten 46 Prozent<sup>7</sup>, die sogenannte „Dänen-Ampel“ bewerteten 40 Prozent<sup>8</sup> und die Große Koalition 36 Prozent positiv. Dabei gab eine keine eindeutigen Präferenzen für eine SPD- oder CDU-Führung. 34 Prozent bewerteten eine Große Koalition unter Führung der CDU und 36 Prozent unter Führung der

---

<sup>7</sup> 53 Prozent bei Infratest dimap.

<sup>8</sup> 44 Prozent bei Infratest dimap.

SPD positiv (Forschungsgruppe Wahlen). Eine CDU-geführte Große Koalition begrüßten bei Infratest dimap 40 Prozent und eine SPD-geführte 32 Prozent.

Einem breiten Trend folgend, hat auch in Schleswig-Holstein das Thema Arbeitslosigkeit seine zentrale Stellung bei den wichtigsten Themen eingebüßt und den ersten Rangplatz der Bildungs-, Schulpolitik überlassen. Wichtiger als bei der Vorwahl ist auch das Thema Schulden geworden, das mit 24 Prozent Nennungen mit der Arbeitslosigkeit den zweiten Platz der Themenagenda einnimmt. Die SPD verfügt im Bereich von Schule/Bildung gegenüber der CDU über einen Kompetenzvorsprung von 34 Prozent zu 21 Prozent. Bei der Arbeitsmarktkompetenz ist der Vorsprung von 34:30 Prozent knapp. Die CDU liegt im Themenfeld Finanzen/Schulden mit 34:27 Prozent vor der SPD (Forschungsgruppe Wahlen). Der CDU ist es gelungen, in „klassischen“ Themenfeldern wie Wirtschaft, Arbeit und Schulden/Finanzen ihr Image im Vergleich zur Vorwahl zu verbessern. In den Themenfeldern Schule und Familie hat sie Einbußen zu verzeichnen. In der Schulpolitik gilt die SPD daher als deutlich kompetenter. Die Kompetenzen der Grünen sind mit ihren Images deckungsgleich. 66 Prozent nennen die Grünen bei der Umweltpolitik und 46 Prozent bei der Energiepolitik. In alle anderen Politikfeldern werden den Grünen so gut wie keine Kompetenzen zugewiesen (Infratest dimap).

Das schlechte Abschneiden der Linken ist eher dem umgekehrten Zufall geschuldet, dass sie 2009 von der Zusammenlegung der Bundes- und Landtagswahl profitieren konnte, obwohl sie auch damals in Schleswig-Holstein ein ausgesprochen negatives Image hatte. So erhielt sie 2009 den Wert von -2,5 und 2012 -2,6 (Forschungsgruppe Wahlen). Weder personell noch inhaltlich konnte sie Akzente setzen. Den ersten Rang bei der Mobilisierung enttäuschter Wähler haben ihr zudem die Piraten streitig gemacht. Zwar geben 51 Prozent der Linken-Wähler an, die Partei aus

Enttäuschung unterstützt zu haben, aber 65 Prozent der Wähler der Piraten wechseln aus Enttäuschung zu der Partei (Infratest dimap).

Nach dem dritten Einzug der Piraten in einen Landtag scheinen die Muster des Erfolgskonzepts klar zu Tage zu treten: Anders sein als die Anderen. Dies ist ein klassischer Anti-Establishment-Effekt, getragen von Unzufriedenheit mit (allen) Parteien. 74 Prozent der Piraten-Anhänger sagen von sich, sie würden die Piraten wählen, weil sie mit den anderen Parteien unzufrieden seien, 22 Prozent nennen politische Inhalte (Forschungsgruppe Wahlen). Als die wesentliche Eigenschaft der Partei sehen die Befragten, dass sie eine Alternative für diejenigen sei, die sonst nicht wählen würden (66 Prozent) und dass die Partei dafür Sorge, dass Jüngere auch mal was zu sagen hätten (54 Prozent); zwei Argumente die auf die Repräsentation von Interessen abzielen. Obwohl in den Medien viel über die Hauptthemen der Partei zu lesen war (Internet- und Politiktransparenz), sagen nur 46 Prozent, dass die Partei dafür sorgen würde, dass die Politik offener und transparenter werde (Infratest dimap). Ob sich dahinter in der Bevölkerung Zweifel an der Realisierbarkeit verbergen, ist offen. Interessant ist auch das Gefühl der Benachteiligung.<sup>9</sup> 29 Prozent aller Schleswig-Holsteiner sagten, sie hätten in ihrem Leben weniger als ihnen zustehe. In der Anhängerschaft der Piraten sind es 44 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Nach den Wahlen im Saarland und in Schleswig-Holstein ist zumindest eines gewiss: Der Erfolg der Piraten ist nicht allein auf ein urbanes Lebensstilphänomen zurückzuführen.

---

<sup>9</sup> Ob es dabei um subjektive oder relative Deprivation handelt kann anhand der Daten nicht geklärt werden.

### 1.3 Wählerwanderungsbilanz<sup>10</sup> und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Schleswig-Holstein

Durch die stark gesunkene **Wahlbeteiligung** haben alle Parteien – außer den Piraten – Verluste gegenüber dem Nichtwählerlager zu verzeichnen. Unter der Wahlabstinz hat die FDP am stärksten gelitten. 67.000 ihrer Wähler von 2009 blieben den Urnen fern. Aber auch die CDU (-59.000), die SPD (-42.000) sowie die Linke (-39.000) haben einen großen Teil ihrer Wähler durch Enthaltung eingebüßt. Die Grünen haben hingegen mit einem Minus von 12.000 Wählern verhältnismäßig schwach unter der niedrigen Wahlbeteiligung gelitten. Die Piraten konnten nur in geringem Ausmaß von der Wahlenthaltung profitieren. Nur 11.000 Nichtwähler entschieden sich für die Partei. Bei einem Anstieg der Nichtwähler um ca. 289.000 ehemalige Wähler auf insgesamt 893.000 Wahlabstinzente kann nicht von einer überdurchschnittlichen Mobilisierung ausgegangen werden.

Anders als bei den anderen Wahlen hat die **CDU** starke Abwanderungen an die Piraten zu verkräften (-14.000) – wie zuletzt auch in Nordrhein-Westfalen. Zur SPD gingen 9.000 ehemalige Wähler. An SSW und Grüne verlor die Partei jeweils 4.000 Stimmen. Die Gewinne von der FDP konnten diese Verluste nicht kompensieren. 6.000 Stimmen kamen von den Liberalen; weitere 3.000 von der Linken.

Die **SPD** verlor zwar durch die niedrige Wahlbeteiligung ehemalige Anhänger und musste auch 10.000 Wähler an die Piraten abgeben, aus allen anderen Wählerschaften konnte sie hingegen Stimmen mobilisieren. 19.000 ehemalige FDP-Wähler wechselten zu den Sozialdemokraten. Von den Grünen entschieden sich 14.000 zugunsten der Partei, von der CDU und der Linken kamen jeweils weitere 9.000 Stimmen.

---

<sup>10</sup> Infratest dimap, Wahlanalyse, Landtagswahl Schleswig-Holstein 2012, Zusammenfassender Bericht von Infratest dimap, Berlin/Kiel, 7. Mai.

Die Wählerwanderungsbilanz der **Grünen** gibt ein durchmischtes Bild. Für die SPD votierten 14.000 ehemalige Grüne und 13.000 wechselten zu den Piraten. Verluste von 4.000 Stimmen haben die Grünen darüber hinaus gegenüber dem SSW zu verzeichnen. Von der FDP kamen 6.000 und von der CDU 4.000 und von der Linken 3.000 Wähler.

Die **FDP** verlor ihre Wähler über das ganze Parteienspektrum hinweg, vor allem die linken Parteien profitierten stark von der Wechselbereitschaft ehemaliger FDP-Wähler. So entschieden sich 19.000 Wähler für die SPD und 14.000 für die Piraten. Zu den Grünen und der CDU wanderten jeweils 6.000 Wähler ab.

Die **Piraten** können aus allen Richtungen Wähler mobilisieren. Aus dem bürgerlichen Lager gehen 28.000 Wähler zu den Newcomern (jeweils 14.000 von CDU und FDP). Die SPD verliert 10.000 Stimmen und die Grünen 13.000. 6.000 ehemalige Linke-Wähler tragen zum Erfolg der Partei bei.

Die Wählerverluste der **Linken** verteilen sich recht homogen über das ganze Parteiensystem. 9.000 wechselten zur SPD, 6.000 zu den Piraten und jeweils 3.000 zur CDU und den Grünen.

Der **SSW** hat nur geringe Wechselaktivitäten zu verzeichnen. Über alle Parteien hinweg gewinnt die Partei 8.000 Stimmen. 14.000 ehemalige Wähler blieben den Wahllokalen fern.

Die CDU hat bei den über 60jährigen Wählern mit 4,2 Punkten deutlich verloren, bleibt aber stärkste Partei. In dieser Altersgruppe hat die SPD Zuwächse von 6,9 Punkten zu verzeichnen und ist fast so stark wie die CDU. Während die beiden Volksparteien vor allem bei älteren Wählern Unterstützung finden, werden die Piraten vor allem von den jüngsten

Wählern bevorzugt. In der jüngsten Altersgruppe reichen sie fast an CDU und SPD heran. Die Grünen haben hier ihren Vorsprung verloren, wodurch ihre Wählerschaft – bezogen auf die Altersstruktur – homogener geworden ist. Lediglich in der ältesten Wählergruppe schneiden sie nach wie vor weit unterdurchschnittlich ab. Die FDP – aber auch die Linke – haben in erster Linie bei den jüngeren Jahrgängen verloren (alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen). Die Befunde von Infratest dimap sehen bei der CDU geringere Verluste bei den älteren Wählern. Auch in dem Wahlverhalten in den Berufsgruppen ergeben sich leichte Abweichungen, die jedoch nicht überinterpretiert werden sollten.

In den drei Wahlen, bei denen die Piraten in die Landtage einzogen, ergibt sich ein widersprüchliches Bild über die Sozialstruktur der Wähler. Obwohl die Wähler der Piraten ein eher hohes Bildungsniveau haben (bedingt durch die Altersstruktur), entspricht ihre Berufsstruktur nicht den Bildungsabschlüssen. In Berlin, dem Saarland und in Schleswig-Holstein war der Anteil der Arbeitslosen deutlich und der Arbeiteranteil leicht überhöht, der Anteil von Angestellten/Beamten eher niedrig. Ob bei den Piraten die Formel jung, männlich, gebildet und arbeitslos den typischen Wähler porträtiert, kann anhand der vorliegenden Daten nicht geprüft werden und muss Gegenstand weiterer Forschungen sein.